

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 01.10.2020

Öffentlicher Teil

**TOP .. Temporäre Einrichtung von Fahrradspuren auf der L 700 - Enneper
Straße/Kölner Straße**
0799/2020
Vorberatung
geändert beschlossen

Herr Oberbürgermeister Schulz berichtet kurz von den Reaktionen der Medien und auf Social Media zur temporären Einrichtung von Fahrradspuren auf der Enneper Straße.

Herr Keune führt die Hintergründe der Maßnahme und die Entwicklung der temporären Fahrradspuren aus. Ziel war es, die Maßnahme zum Beginn der bundesweiten Aktion „Stadtradeln“ umzusetzen. Er erklärt, dass die Umsetzung in einigen Punkten nicht gut gelungen sei. Insbesondere der Abschnitt zwischen der Kölner Straße und der Grundschöttler Straße bereitet aktuell viele Probleme. Das erhöhte Verkehrsaufkommen in diesem Bereich hat sich nicht kompatibel mit einer solchen Maßnahme gezeigt. Auch Streiks im ÖPNV, welche die letzten Tage stattgefunden haben, sind wiederkehrende Ereignisse, die in eine solche Planung einbezogen werden müssen.

Ziel dieses Test war es, die Akzeptanz der temporären Fahrradspur sowohl bei den Radfahrern als auch bei den Autofahrern zu ermitteln. Hieraus sollten Rückschlüsse gezogen werden, insbesondere auch, welche Auswirkungen eine reine Trasse für den ÖPNV hätte.

Die Verwaltung schlägt vor, die temporäre Fahrradspur im Bereich von der Kölner Straße bis zur Grundschöttler Straße zurückzunehmen. Damit stünden alle Fahrspuren wieder dem motorisierten Verkehr zur Verfügung. Im zweiten Abschnitt sind die Verkehrsbelastungen geringer, so dass dort die Testphase bis zu den Herbstferien aufrecht erhalten wird. Dadurch sollen weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Er betont, dass im Rahmen der Mobilitätswende nicht nur der Freizeitradverkehr, sondern auch der Alltagsverkehr organisiert werden muss. Daher werden auch Trassenführungen benötigt, die sich nicht ausschließlich abseits der Geschäftslagen, wie viele vorhandene Fahrradwege, befinden.

Er schlägt vor, die nächste Woche als weitere Testphase zu nutzen und in der kommenden Legislaturperiode im dann dafür zuständigen Ausschuss über das weitere Vorgehen zu debattieren.

Herr Schmidt lobt die Verwaltung für das Einsehen, dass die temporäre Einrichtung der Fahrradspuren in der jetzigen Form kein Erfolg war. Aufgrund der interfraktionellen Abstimmung ist er bereit, seinen Sachantrag (Anlage 7) entsprechend zu modifizieren. In seinen Augen war der komplette Ablauf fehlerhaft, da die Entscheidung in der Bezirksvertretung Haspe gefallen ist, obwohl es sich bei der L700 um eine Straße mit überbezüglicher Bedeutung handelt. Sowohl der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität als auch der Stadtentwicklungsausschuss hätten hier vorab einbezogen werden müssen.

Herr Romberg vergewissert sich, dass der temporäre Radweg in beiden Fahrtrichtungen aufgelöst wird.

Herr Keune bestätigt dies.

Herr Thieser unterstützt die Entscheidung der Verwaltung zum weiteren Vorgehen mit der Testphase. Die Bezirksvertretung Haspe wird diese Maßnahme in einer außerordentlichen Sitzung am 07.10.2020 abermals diskutieren. Er betont, dass der gesamte Ablauf der Maßnahme zukünftig anders verlaufen müsse.

Herr Eiche erklärt, dass er ebenfalls mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden ist und würde seinen Sachantrag (Anlage 8) daher zurückziehen.

Herr Schmidt erläutert inhaltlich, wie der Sachantrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen lautet und bittet darum, über diesen abzustimmen.

Herr Dr. Preuß stimmt seinen Vorrednern zu, dass die Maßnahme an sich gut ist, aber fehlerhaft umgesetzt wurde. Es dürfe aber jetzt nicht die Sinnhaftigkeit der Grundsatzentscheidung, dem Fußgänger und dem Radfahrer mehr Raum zu geben, hinterfragt werden. Der Schutzstreifen mit einer Breite von etwa 70 cm ist keine adäquate Lösung um Fußgänger und Radfahrer effektiv zu schützen. Der kombinierte Rad- und Fußweg ist ebenfalls keine Alternative, da dort die Radfahrer durch die Fußgänger in ihrer freien Fahrt eingeschränkt werden.

Er kritisiert den Sachantrag der AfD-Fraktion, dass Radfahrer von Autofahrern bedrängt und genötigt werden könnten. Man befinde sich in einem Rechtsstaat und solch ein Autofahrer gehöre grundsätzlich nicht hinters Steuer. Er plädiert dafür, solche Argumentationen in Zukunft aus Sachanträgen herauszuhalten.

Herr König weist darauf hin, dass die Verwaltung bestimmte Schritte zugesichert hat und daher hier ein Beschluss nicht notwendig ist. Außerdem ist der Rat der Stadt Hagen das falsche Gremium, um in dieser Thematik einen rechtmäßigen Beschluss zu fassen. In der Sache müsse der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität entscheiden.

Herr Oberbürgermeister Schulz stimmt Herrn König zu. Der Rat der Stadt Hagen ist nicht für die Rücknahme eines Beschlusses der Bezirksvertretung Haspe zuständig.

Herr Thieser führt zu dem vom Rat der Stadt Hagen verabschiedeten Radwegekonzept aus. Insbesondere geht er auf die Entwicklung und die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gremien und der Verwaltung ein. Er schließt weitere Diskussionen nicht aus. Herr Thieser weist darauf hin, dass nicht nur das beschlossene Radwegekonzept ausreicht, sondern auch die Verwaltung dieses mit ausreichend Personal umsetzen muss. Er weist nochmal auf die außerordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Haspe hin, in der man auch über den neuen Verwaltungsvorschlag diskutieren werde.

Es entwickelt sich eine kurze Diskussion zwischen Herrn Schmidt, Herrn König und Herrn Oberbürgermeister Schulz über die Zahl der zulässigen Wortbeiträge. Als Ergebnis des-

sen soll der Sachantrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Eiche merkt an, dass er ein mögliches Fehlverhalten von Autofahrern nicht billige, dies aber ein real existierendes Problem sei. Er befürchtet, dass bei weiteren Bevorzugungen von Radfahrern, sich die Autofahrer mehr und mehr benachteiligt fühlen. Auch diese müssen berücksichtigt werden.

Herr Thielmann begründet, weshalb der Antrag von der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen abgelehnt werden sollte. Für ihn ist es unverständlich, weshalb der Antrag gestellt wird, obwohl die Verwaltung einen tragfähigen Kompromiss erarbeitet hat, mit dem auch alle Fraktionen einverstanden sind.

Abschließend weist Herr Thielmann auf die Unzulässigkeit des AfD-Antrages hin, da dieser formal falsch gestellt worden sei.

Herr Hentschel erklärt, dass die Fraktion Die Linke. ebenfalls mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden ist. Daher lehnt er den Antrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen ebenfalls ab.

Weiter erklärt er, dass allein aufgrund der topographischen Lage ein Radverkehr wie in anderen Städten nicht möglich sein wird.

Herr Wisotzki ist der Meinung, dass das gesamte Projekt dem Radverkehr in Hagen mehr geschadet als genutzt habe. Ihm ist wichtig, dass auf die Wünsche der Bevölkerung gehört wird.

Herr Dr. Ramrath bittet darum, den folgenden Sachantrag zur Abstimmung zu stellen: „Der Rat begrüßt den von der Verwaltung vorgesehenen Weg zur gestaffelten Beendigung des Testversuches auf der L700.“.

Herr Oberbürgermeister Schulz stellt den genannten Sachantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen begrüßt den von der Verwaltung vorgesehenen Weg zur gestaffelten Beendigung des Testversuches auf der L700.

Abstimmungsergebnis:

☒ Einstimmig beschlossen

Anlage 1 2020-10-01_Temporäre_Einrichtung_Fahrradspuren_Sachantrag_BfHo

Anlage 2 2020-10-01_Temporäre_Einrichtung_Fahrradspuren_Sachantrag_AfD

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Rathaus Hagen

Hohenlimburg/Hagen, 30. September 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen bittet Sie, zum Tagesordnungspunkt I.5.26. (Vorlage 0799/2020) der Sitzung des Rates am 1. Oktober 2020 folgenden Antrag gemäß § 16 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen:

Temporäre Einrichtung von Fahrradspuren auf der L 700

Enneper Straße/Kölner Straße

Beschlussvorschlag:

Die mittlerweile vollzogene temporäre Einrichtung von beidseitigen Fahrradspuren auf der Enneper Straße/Kölner Straße wird unverzüglich aufgehoben.

Begründung:

Die in der Vorlage 0799/2020 beschriebene Maßnahme hat im bisherigen Erprobungszeitraum bereits sehr deutlich erkennen lassen, dass mit ihr ausschließlich negative Folgeerscheinungen erzielt werden. Zu nennen sind hier insbesondere folgende Erkenntnisse:

1. Die mit der Einrichtung der Fahrradspuren einhergehende Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr führt zu diversen Staus und damit zu deutlich erhöhtem Schadstoffausstoß.
2. Die Fahrradspuren werden von den Fahrradfahrern so gut wie gar nicht angenommen, sodass der erzielte, herzlich geringe Nutzen der eingerichteten Fahrradspuren in einem deutlichen Missverhältnis zu den erheblichen nachteiligen Folgen der Maßnahme steht. Die Fahrradfahrer nutzen offensichtlich lieber weiterhin die deutlich komfortableren Parallelwege, die für den Radverkehr eingerichtet wurden.
3. Die Maßnahme sorgt für erheblichen Unmut in der Bevölkerung, wahrnehmbar unter anderem durch entsprechende Kommentare in sozialen Netzwerken sowie Leserbriefen in der Tageszeitung.

Resümierend ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels auch in Hagen eine Reduktion des hierzu beitragenden Emissionsausstoßes verfolgt werden sollte. Dies gelingt jedoch

nur, wenn mit dieser Zielrichtung verfolgte Maßnahmen auch die gewünschte Wirkung zeitigen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.

Eine zu begrüßende Veränderung des „Modal Split“ in Richtung emissionsarme bzw. emissionsfreie Mobilität gelingt dann, wenn die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Alternativen zum Auto so attraktiv gestaltet werden, dass sich Fahrräder, ÖPNV etc. für die Bürgerinnen und Bürger als die bessere Wahl darstellen.

Die Verkehrswende gelingt indes nicht, wenn sie über einseitige, ohne Not kreierte Repressalien gegenüber den Autofahrerinnen und Autofahrern erzwungen werden soll. Ein solches Vorgehen stößt weder auf Akzeptanz, noch ist es gesellschaftlich gewünscht.

Rund 833.000 Beschäftigte in der deutschen Automobilindustrie erzielten im Jahr 2019 einen Umsatz in Höhe von circa 435 Milliarden Euro. Dies sind 7,7 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. Damit ist die Automobilbranche der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in Deutschland überhaupt.

Die Nutzer von Automobilen mit Verbrennungsmotor zahlten in den beiden vergangenen Jahren jeweils über 40 Milliarden Euro an Mineralölsteuer (bzw. Energiesteuer) – auch zur Kompensation von durch die Nutzung von Autos entstehenden Umweltschäden. Sie folgen mit der Nutzung des Automobils dem gesellschaftlichen Anspruch, flexibel in der Arbeitswelt zu sein und erhebliche Entfernungen vom Wohnort zum Arbeitsplatz zurückzulegen. Auch in Hagen nimmt die Zahl der Berufspendler stetig zu.

Insgesamt ist daher auf dem Weg zu einem umweltfreundlicheren Modal Split differenziert und mit Augenmaß vorzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Kiszkenow

Fraktionsvorsitzender Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

- im Hause -

Aktenzeichen: 2020_09_30

Hagen, 30.09.2020

Dringlichkeitsantrag an die Verwaltung zur Ratssitzung am 01.10.2020 nach Paragraph 16 (1) zum TOP I.5.26. für die Ratssitzung am 1. Oktober 2020

Test-Radweg L700

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aufgrund des künstlich herbeigeführten Verkehrschaos für die Autofahrer und der sichtlich bestehenden Gefahr für die Radfahrer auf der temporär erstellten Radspur auf der L700 an der Enneper Straße zwischen Rundturnhalle und Westerbauer beantragen wir im Rahmen der Dringlichkeit

die sofortige Beendigung des Testversuchs und Beseitigung des dort in gelber Markierung eingezeichneten Radweges.

Begründung:

Im Rahmen der europaweiten Aktion „Stadttradeln“ hat auch die Stadt Hagen die temporäre Einrichtung einer Fahrradspur testweise auf der L700 (Enneper Straße/Kölner Straße) eingeführt. Dazu wurde die bisher in weiß eingezeichnete Radspur durch eine weitere, gelb eingezeichnete Linie erheblich vergrößert mit der Folge, dass zwei Fahrspuren von vier eingezogen wurden.

Die Nutzung des Radweges in diesem Bereich ist durch Radfahrer eher gering, jedoch die Beeinträchtigung der stark befahrenen L700 aufgrund der nun künstlich herbeigeführten Einspurigkeit enorm, wodurch ein Rückstau und somit auch eine nicht unerhebliche Umweltbelas-

tung zwangsläufig einhergeht. Die Wut der Autofahrer entlädt sich seit Einführung der Maßnahme auf allen Medien. Und das – aus unserer Sicht – zu Recht!

Darüber hinaus stellt die Maßnahme eine erhebliche Gefahr für die Radfahrer dar, da sie dauerhaft geschnitten, bedrängt und in nicht ausreichendem Abstand von den anderen Verkehrsteilnehmern überholt werden, die diese Maßnahme entweder nicht verstehen oder ob des Staus die Nerven verlieren. In der Folge werden zukünftige Unfälle unvermeidbar sein.

Noch grotesker ist die Tatsache, dass parallel zur Bundesstraße Nahe der Ennepe bereits ein Radweg existiert.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass dort ein erhebliches Verkehrschaos verursacht und fortgeführt wird und die ersten Sitzungen erst wieder im November beginnen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin